

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/200

Bonn, den 21. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Ludwig Erhard - Willy Brandt

58

Perspektiven für das Jahr 1965

2a

Farce

41

Zu den Betrugswahlen in der Zone

3 - 4

Nicht Mitleid, sondern wirkliche Hilfe

76

Von Friedel Oelrichs

5 - 6

Die Linkssozialisten vor ihrem 35. Parteitag

98

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ludwig Erhard - Willy Brandt

sp - Mit der Regierungserklärung hat Bundeskanzler Ludwig Erhard schon ganz eindeutig seinen entscheidenden Gegenspieler anvisiert, mit dem er sich 1965 bei den Wahlen zu messen hat: Willy Brandt.

Die Verteilung der Gewichte in dem großen Katalog, der von seinen Beratern zusammengestellt wurde, zeigt den unübersehbaren Einbruch, den die von dem Berliner Regierungschef schon seit Jahren beschworenen gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten, in der deutschen Innenpolitik erzwungen haben.

Jetzt, nach 14 Jahren, stellt Ludwig Erhard die früher viel gelästerten Gemeinschaftsaufgaben in das Zentrum seiner Vorstellungen und Absichten.

Alle sollten ihm dabei helfen - auch wenn heute in der deutschen Öffentlichkeit die Lösung der wichtigen Gemeinschaftsaufgaben mit dem politischen Profil Willy Brandts unlösbar verbunden ist.

Die von der SPD zu diesen Themen veranstalteten und vielbesuchten Kongresse in den letzten Jahren, auf denen das große Gespräch zwischen den Politikern und den Fachleuten und Sachverständigen aller wissenschaftlichen Bereiche geführt wurde, haben die weitreichende politische Konzeption des SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt bestätigt: Mit der Lösung der modernen Gemeinschaftsaufgaben wird die wirkliche Integration des Bürgers in diesen Staat und in seine demokratische Ordnung vollendet.

Ludwig Erhard hat diese Perspektiven akzeptiert. Am 18. Oktober 1963 trat er, etwas unsicher noch, auf das quasi ureigenste Gebiet Willy Brandts und enthüllte damit, wie ernst er diese personelle Kraftprobe und die politischen Chancen einschätzt.

Am gleichen Tage empfing der Berliner Regierungschef in Brüssel aus der Hand des belgischen Außenministers die internationale Anerkennung des Spaak-Preises. Dieser Vorgang illustriert nur die Tatsache, daß nach dem Ausscheiden Dr. Adenauers Willy Brandt vor allen anderen die größte internationale Reputation und das besondere Vertrauen unserer Partner in der freien Welt genießt.

21. Oktober 1963

Bundeskanzler Erhard hat sehr früh erkannt, daß es vor allem diese beiden Tatbestände sind, mit denen er sich als Parteipolitiker in erster Linie auseinandersetzen hat. Deshalb sollte man sich nicht wundern, wenn die CDU-Propagandisten in der nächsten Zeit permanent versuchen werden, den wirklich potentiellen Gegenkandidaten Kleiner zu machen, als ihn selbst die strategische Konzeption der Regierungserklärung ungewußt vorgezeichnet hat.

Der Weg Ludwig Erhards ist ohnehin schwer genug - da er ihn in Sack der Koalitionsparteien zu hüpfen hat. Denn wie jeder weiß, sind die krank an Haupt und Gliedern und die Bürger in diesem Land sind all der Skandale und Krisen überdrüssig. Wenn Ludwig Erhard in seinem 70. Lebensjahr diese Partei 1963 dem Volk zur Prüfung vorzeigt - dann muß es sich erweisen, ob er sich nicht verbräutet hat in seiner jahrzehntelangen Hilfeleistung für die Regierung Adenauer und noch genug Kraft und Phantasie in ihm ist, seine Partei für die Notwendigkeiten dieser Zeit zu öffnen.

Der Parteivorsitzende Franz-Josef Strauss klebt ihm dabei auf den Fersen. Und ein Wähler, der zu Ludwig Erhard will, müßte sich zuvor durch dieses Nadelohr quälen.

Die gegenwärtige Regierung enttand am grünen Tisch. Erst in zwei Jahren läßt sie sich vom Wähler wiegen. Dieser wird ebenwürtige Bewerber vorfinden und damit eine Alternative haben. Die SPD stellt mit Willy Brandt die Kontinuität des neuen Stils unter Beweis.

Und daran knüpfen die Menschen all jene Hoffnungen, die sie nicht begraben möchten.

* * *

Farce

Zu den Betrugswahlen in der Zone

ler - Wenn 99 Prozent der zwölf Millionen Wahlberechtigten in Mitteldeutschland ihre Stimme für die von der SED vorgeschlagenen Satelliten und Kandidaten abgaben, so bedeutet das wahrlich nicht, die Bevölkerung der Zone bestünde nur aus lauter Kommunisten. Das wird nicht einmal Herr Ulbricht und sein engster Anhang glauben. Dennoch werden sie, wie bei den vorhergegangenen vier "Wahlen", das Ergebnis als großen Sieg des "Sozialismus" - was für ein Sozialismus - in die Welt hinausposaunen und eine Bestätigung ihrer Willkürherrschaft ableiten.

Gäbe es wirklich freie Wahlen in der Zone, wären die deutschen Kommunisten zur Rolle der hoffnungslosen Minderheit verurteilt. Doch Ulbricht und seine Auftraggeber können sich den Luxus freier Wahlen in Mitteldeutschland nicht gestatten, sie müssen sich und der ganzen Welt eine Wahlkomödie vortäuschen. Wie man das macht, darin hat Ulbricht große Erfahrung. Und das ist das Empörende bei solchen "Wahlen": die Bevölkerung wird zur Bestätigung einer Politik gezwungen, die sie nicht will, die gegen ihre ureigensten Interessen gerichtet ist. Die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht entartet zur Farce, die Vergewaltigung eines Viertels des deutschen Volkes erfolgt in legalisierten Formen einer totalitären menschenverachtenden Diktatur.

Ulbricht und die SED verdanken ihre langjährige, das Volk in unterdrückende Herrschaft den 20 sowjetischen Divisionen, die auf den Boden Mitteldeutschlands stehen. In dieser Wahl vom 20. Oktober offenbart sich wieder einmal die Kluft zwischen den Tendenzen der Entspannung und dem Beharren auf alten stalinistischen Positionen.

Auf die bohrenden Fragen mutiger Männer und Frauen, warum die Schandmauer in Berlin errichtet wurde, wie es um die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes steht, wie es Ulbricht selbst mit der Förderung des Friedenswillen halte, erfolgten dialektische, die Unmoral, die Ohnmacht und die Lügenhaftigkeit des Regimes enthüllende Antworten.

Hier wird das Dilemma der russischen Deutschlandpolitik sichtbar. Die Sowjetunion und deren führende Männer wollen unabweislichen Frieden und es ist ihnen auch der ernsthafte Wille nach Beendigung des Wettrüstens und zum Versuch einer Koexistenz mit der nicht-kommunistischen Welt nicht abzusprechen. Im Herzen Europas jedoch lassen sie Brandherde bestehen, setzen sie sich durch die Unterstützung des Ulbricht-Regimes mit ihren eigenen Versicherungen in Widerspruch; hier in Mitteldeutschland wird ihre eigene Politik vor aller Welt unglaubwürdig. Indem sie den Quisling Ulbricht - den deutschen Wlassow - an der Macht halten, ihn mit ihren Bejonetten stützen, verdunkeln sie die Möglichkeiten einer Verständigung zwischen dem deutschen und sowjetischen Volk, vergewaltigen sie das Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes, das sie als Waffe in ihrer Auseinandersetzung mit der übrigen Welt so oft benutzen.

+ + +

Nicht Mitleid, sondern wirkliche Hilfe

Von Friedel Oelrichs

Hin und wieder liest man in den Tageszeitungen eine kurze Notiz, daß vor Mitgliedern des Vereins "Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind" ein Vortrag gehalten wurde. Fachleute sprechen über ihre Arbeit und über die Möglichkeiten der Hilfe. Vielleicht erhält man auch einmal eine solche Einladung und hört dann die Sorgen der Eltern, die ein solches Kind haben. Dann müssen wir uns fragen, ob wir überhaupt wissen, in welcher Not diese Familien sind. Machen wir uns überhaupt ein richtiges Bild von den täglichen Schwierigkeiten, die die Angehörigen geistig behinderter Kinder zu bestehen haben? Wohl kaum, da wir doch meist in der Welt des Alltäglichen, des Durchschnittlichen leben.

Darum sollte man versuchen, mehr für diese Kinder und für ihre Angehörigen zu tun, als es bis heute bei uns in der Bundesrepublik geschieht. Die Last ist für die Betroffenen zu groß, sie können sie nicht allein tragen, denn es fehlt die Großfamilie, die diese Kinder früher noch schützend in ihrem Schoß aufnahm. Diesen freigewordenen Platz der Großfamilie muß heute der Staat einnehmen.

Ein Weg der Hilfe

Es gibt einen Weg der Hilfe, der viel intensiver beschritten werden könnte, als es bisher geschehen ist. Den Vereinen der Lebenshilfe sollte in verstärktem Maße durch die Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, in größeren Städten und zentral in Landkreisen beschützende Werkstätten und neben den Sonderschulen auch Sonderschulkindergärten einzurichten. Hier würde den Kindern das Recht zuteil, das im Jugendwohlfahrtsgesetz verankert ist: "Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur körperlichen, seelischen und gesellschaftlichen Mündigkeit". Und das Bundessozialhilfegesetz garantiert jedem Bürger die Hilfe, die er braucht.

In den beschützenden Werkstätten versucht man, geistig Behinderte so anzuleiten, daß sie später einmal irgendwo einen bescheidenden Platz in der Gesellschaft ausfüllen und zu ihrem Lebensunterhalt etwas beitragen.

Gute Erfolge

Diese Werkstätten gibt es in der Bundesrepublik bereits in namhafter Anzahl, doch meist mit den kärglichsten Mitteln der Eltern entstanden. Es wurde erkannt, daß die Arbeit für den geistig behinderten Menschen noch stärker als für den gesunden Bürger ein Segen ist. Sie gibt seinem Leben, das sich schwer mit geistigen Dingen beschäftigen kann, einen Inhalt. 60 Prozent aller debilen Kinder, dem niedrigsten Grad des Schwachsinn, erreichen eine gute Anpassung an einen Arbeitsplatz, wenn sie richtig angeleitet sind. Die anderen benötigen eine Spezialausbildung, von denen dann wieder 20 Prozent eingegliedert werden können. Bedauerlicherweise melden sich aber von den restlichen 20 Prozent wieder nur 30 Prozent für die Aufnahme in einer beschützenden Werkstatt, der Rest bleibt zu Hause in der Familie, wird versteckt und muß in späteren Jahren in eine Anstalt.

Die zweite Gruppe der geistig Behinderten, die imbezillen Menschen, umfassen ca. 20 Prozent aller Schwachsinnigen, der Rest sind die nicht bildungsfähigen Idioten. Von diesen 20 Prozent besuchen ca. 60 Prozent eine beschützende Werkstatt. Auch hier wurde die Erfahrung gemacht, daß ein Teil von ihnen durch diese Einrichtung ein Platz - wenn auch sehr einfacher Art - in einem freien Beruf finden kann.

Warum behalten nun viele Eltern ihre kranken Kinder zu Hause?
Es soll fünf Gründe geben:

- * 1) Nicht alle beschützenden Werkstätten haben genügend
- * Plätze zur Verfügung, denn es gibt zu wenig Werk-
- * stätten.
- * 2) Die Arbeit der geistig Behinderten wird unterbewer-
- * tet. Man scheut die hohen Investitionskosten.
- * 3) Die Eltern haben noch keine genauen Kenntnisse über
- * die einzelnen Möglichkeiten der Hilfe.
- * 4) Die Eltern verstecken ihr Kind aus Schamgefühl.
- * 5) Es besteht eine stark affektierte Bindung der Eltern
- * an ihr geistig behindertes Kind.

Wir alle wissen, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Aufklärung der Eltern, Aufklärung der Wirtschaft, aber wirkliche Hilfe nur, wenn die Kommunen den einzelnen Ortsgruppen der "Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind" größere Hilfsmöglichkeiten einräumen, wenn sich Fachleute wie Mediziner, Psychotherapeuten, Pädagogen und Sozialarbeiter zur Verfügung stellen, die freien Wohlfahrtsverbände unterstützend eingreifen und auch die letzten Eltern ihr Schamgefühl überwinden und sich um eine Hilfe für ihr Kind bemühen.

Es darf kein Mitleid sein, das zum Helfen anregt, es muß die Erkenntnis der Notwendigkeit sein, daß mit der Hilfe für die geistig behinderten Kinder einem großen Personenkreis unseres Volkes eine Stütze in seinem Lebenskampf gegeben wird. Und der geistig behinderte Mensch kostet dem Staat in späteren Jahren weniger, wenn er einer leichten Beschäftigung nachgehen kann. Ob nicht so mancher verantwortliche Dezernent der Sachbearbeiter eines Sozialamtes sich darüber Gedanken machen sollte?

+ + +

Die Linksozialisten vor ihrem 35. Parteitag

Von unseren Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

Die Stimmung des Provisorischen liegt über der diesjährigen Parlamentseröffnung in Rom. Jedermann sieht dem auf Ende Oktober festgelegten Parteitag der Linksozialisten (PSI) in der Überzeugung entgegen, daß erst nach dessen Beendigung die italienische Politik eine bestimmte Richtung einschlagen und eine gewisse Stabilität erreichen könne. Daß einer Regierung des linken Zentrums kaum eine realistische Alternative entgegengehalten werden kann, scheinen - mit Ausnahme des rechten Flügels innerhalb der DC - Christdemokraten und Linksozialisten eingeschoren zu haben. Die Christlich-demokratische Partei (DC) hat mit der Bildung der Regierung Leone den Beweis erbracht, daß sie die seinerzeit absagende Antwort der Mehrheit der Linksozialisten an das Abkommen zwischen Moro und Nenni nicht als endgültige Unterbrechung des Dialogs zwischen Katholiken und Sozialisten aufgefasst hat, sondern gewillt ist, die Unterredungen wieder aufzunehmen.

In Kreisen, die der DC und der PSI nahestehen, ist hin und wieder die Angst zu spüren, das plötzliche Auftauchen irgendeiner politischen Frage könne das große historische Ereignis stören, das sich Ende Oktober oder Anfang November verwirklichen sollte - nämlich die direkte Teilnahme der Linksozialisten an der Regierung.

Optimismus der Linksozialisten

Partei sekretär Moro hat während des Nationalrats der DC die Mehrheit davon überzeugen können, daß ein Abkommen zwischen DC und PSI heute nicht nur oder nicht mehr auf Grund gut klingender und oft rätselhafter Formulierungen, sondern auf der Basis ernsthafter Entscheidungen zustande kommen müsse. Die Auseinandersetzung unter den Christdemokraten während des Nationalrats berechtigt die Linksozialisten zu einem gewissen Optimismus, nicht allein auf Grund des angenommenen Entschlusses, das Experiment des linken Zentrums wieder aufzunehmen, sondern vielmehr auf Grund der neu entfachten Diskussionen innerhalb der DC, die nach den ersten Monaten des Zentrums-Experiments zum Stillstand gekommen war.

Gefährdete Parteieinheit

Anlässlich der kürzlich stattgefundenen Sitzung des Zentralkomitees hat der autonomistische Flügel einstimmig die Motion Nennis gutgeheißen. Es darf also angenommen werden, daß eine Einigkeit des sozialistischen Mehrheitsflügels endgültig zustande gekommen ist, nachdem in Juni Lombardi und einige seiner Gefolgsleute Nenni plötzlich im Stich gelassen hatten. Es werden dem Parteitag ausser der autonomistischen Motion noch zwei weitere Motionen vorgelegt werden: die des linken Flügels und die Partinis, die sogenannte Motion "für die Wahrung der Parteieinheit". Nenni, der 72-jährige, noch ausserordentlich aggressive Parteisekretär, hat in aller Deutlichkeit über das politische Entweder - Oder gesprochen, vor das die Linksozialisten heute gestellt sind. Dieses Entweder - Oder wird auch das Leitmotiv des 35. Parteitages sein. Praktisch stehen die Linksozialisten vor einer für die Geschicke des Landes weittragenden und nicht zu umgehenden Entscheidung: Regierungsbeteiligung oder Opposition. Eine direkte Beteiligung an der Regierung soll, so will es Nenni, als Garantie dafür dienen, das Programm des linken Zentrums zu verwirklichen. Die Opposi-

21. Oktober 1963

tion dagegen soll sich gegen eine Regierung richten, die nicht über die politischen Voraussetzungen verfügt, um den Widerstand gegen eine Öffnung nach links von seiten der konservativen Rechten innerhalb und ausserhalb der DC zu brechen.

Weder Auftrieb noch Ausflucht

Nenni trifft unzweifelhaft ins Schwarze, wenn er in einer vielbeachteten Rede in Mailand meint, der auf Ende Oktober festgesetzte Termin für die Entscheidung der Linksozialisten bekäme einen dramatischen Zug; weil dieser Termin keinen Aufschub ermögliche und keine Ausflucht gestatte. Von diesem Termin hänge nicht nur die Frage der Neuwahlen ab, sondern - was viel wichtiger ist - es hänge davon die Kapazität der Sozialisten, der laizistischen Demokratie und der Democrazia Cristiana ab, Italien eine fortschrittliche und nutige Politik zu ermöglichen und gleichzeitig die notwendige Stabilität zu sichern. Diese allein könne die notwendigen Strukturreformen des Landes und die Stellung der Arbeiterschaft sichern.

Analog zur Bedeutung des bevorstehenden Parteitagess erwähnen die Sozialisten gern den Parteitag vom Oktober 1922, als sie sich ebenfalls vor ein dramatisches Problem gestellt sahen und dessen Ergebnis zu einer unglücklichen Spaltung führte. Es trifft allerdings zu, wie Nenni in seiner Rede kurz andeutete, daß nicht diese Spaltung für die faschistische Machtübernahme allein verantwortlich gemacht werden kann, denn zu jener Zeit war die Schlacht um die Demokratie bereits verloren. Heute steht die Arbeiterbewegung Italiens - im Gegensatz zu 1922 - nicht vor einer Katastrophe, aber der Beschluß des 35. Parteitages, sich an einer Regierung des linken Zentrums zu beteiligen, wird die Politik der nächsten fünf bis zehn Jahre bestimmen.

Klare Trennung

Der Ausgang des DC-Nationalrats hat den Unterschied zwischen denjenigen Kräften innerhalb der DC, die eine nutige linkszentristische Politik anstreben und denjenigen, die dagegen einen Neo-Zentrismus befürworten, sehr deutlich ergeben. Die letzteren möchten die Politik des linken Zentrums ihres Inhalts entleeren und nur noch das Etikett davon bewahren. Die klare Trennung der beiden vorhandenen Richtungen innerhalb des DC-Nationalrats und das Überhandnehmen der linkszentristischen Befürworter haben gewiß auf die wiedergefundene Einheit innerhalb des autonomistischen Flügels der PSI einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Es ist den Autonomisten bewußt, daß nicht nur die italienische Politik auf Jahre hinaus von einer Zusammenarbeit zwischen PSI und DC abhängen wird, sondern daß dieses Zusammengehen zu radikalen Auseinandersetzungen zwischen dem politischen Katholizismus und dem Sozialismus führen kann.

Die Opposition zu Nenni innerhalb der PSI ist nicht schwächer geworden, aber auch nicht stärker. Die Politik des linken Zentrums wird nun auch vom linken Flügel der Partei nicht mehr zurückgewiesen; die Linke beschränkt sich lediglich darauf, den "Inhalt" zu kritisieren. Die sozialistische Partei steht heute vor der entscheidenden Aufgabe, die Arbeiterbewegung in die Führung des Staates einzuschalten, wobei sie ihre Linie klar und unmißverständlich von derjenigen der Kommunisten und derjenigen der Sozialdemokraten unterscheiden muß, um damit die Rolle des einzig gültigen und wirksamen Partners im Zwiegespräch zwischen den katholischen und den demokratisch-laizistischen Kräften spielen zu können.